

erschließt dem Lesenden, mit Kultur, Weltanschauungen, Heimat und Welt und der Arbeiterbewegung, sowie den Tagesbelangen, die Weltanschauung, Unterhaltung und Wissen, die Welt der Jugend, literarischer Ratgeber, das gute Buch, die Rundschau, Monatlicher Bezugspreis 3 Mk., einjährig 30 Mk., halbjährig 15 Mk., Sonntags- u. Sonntagsnummer 20 Pf., Hauptverleger: Dr. W. Debes, Dresden.

Sächsische Volkzeitung

Sonntag, den 15. Juni 1930

Verlag: Dresden
Einzelnenpreis: Die 16-seitige Beilage 30 Pf., Familienpreis 1.00 Mk., 6 Monatshefte 6.00 Mk., 12 Monatshefte 11.00 Mk., 24 Monatshefte 21.00 Mk., 48 Monatshefte 41.00 Mk., 96 Monatshefte 79.00 Mk. Die Beilage kostet 1.00 Mk. pro Quartal. Die Beilage kostet 3.00 Mk. pro Halbjahr. Die Beilage kostet 6.00 Mk. pro Jahr. Die Beilage kostet 12.00 Mk. pro Jahr. Die Beilage kostet 24.00 Mk. pro Jahr. Die Beilage kostet 48.00 Mk. pro Jahr. Die Beilage kostet 96.00 Mk. pro Jahr. Die Beilage kostet 192.00 Mk. pro Jahr.

Verlags- und Druckerei: Hermann, H. & Co., für Verlag und Druckerei, Sächsische Volkzeitung, Dresden, H. L. Holtenauerstraße 17, Postfach 21012, Sächsische Volkzeitung Dresden, 2703, Postfach Stadthaus Dresden, 2703.

Für christliche Politik und Kultur

Inhalt des Sächsischen Volkskalenders
Preis: 1.00 Mk.

Regierung für Notopfer

Das Reichskabinett deckt Moldenhauer — Neue Sparmaßnahmen

Und der Reichstag?

Berlin, 14. Juni.

Über die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, in der erneut das Deckungsprogramm der Regierung besprochen wurde, wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben:

Bei Beginn der Sitzung des Reichskabinetts sprach der Reichskanzler Dr. Brüning dem anwesenden Reichsbankpräsidenten Dr. Luther den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen über die Abzahlung der auf Grund des Younger Abkommens gefällten Anleihe geführt haben.

Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Vorgehensweise bei der Deckungsvorbereitung vor, der das Reichskabinett einstimmig zustimmte. Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Öffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen. Ziel dieser Politik ist die

Ueberwindung der Arbeitslosigkeit,

die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen. Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Überzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, sie in erheblichem Umfang gemindert werden kann. Zu diesem Zweck ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und der Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Osthilfe dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern. Voraussetzung für die Möglichkeit der Ausführung der notwendigen Kredite ist die unverzügliche Herbeiführung der notwendigen Mittel. Die Reichsregierung ist entschlossen, diese Mittel durch die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zu beschaffen.

Produktionskosten und Preise herabzusetzen

und so zu einem generell niedrigen Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einsicht und die tätige Mitarbeit der Beteiligten angewiesen. Sie wird solchen Vorgehen ihre eigene Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitsklärung für die Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, zu Produktionsbedingungen zu kommen, die zu einer dauernden Verbesserung des Arbeitsmarktes die Grundlage legen können.

Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Lasten. Das Reichskabinett verabschiedete unter diesem Gesichtspunkt ein Gesetz zur Erzielung von Ersparnissen bei Reich, Ländern und Gemeinden. Zu diesem Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die die Verhältnisse zwischen den Personalangaben der Gemeinden und denen von Reich und Ländern beseitigen sollen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich ferner mit den übrigen wirtschaftlichen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der

Verwaltungsvereinfachung und Ersparnis

getroffen hat. Auf Vorschlag des Reichsfinanzministers sollen diese einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen in einen größeren umfassenden Rahmen hineingestellt werden, der nach dem Ergebnis der bevorstehenden Sitzung des Verfassungsorgans der Länderkonferenz festgelegt werden soll. Das Reichskabinett kam in Übereinstimmung mit dem Reichsfinanzminister zu dem Ergebnis, daß nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften nach einem einheitlichen Plan in gemeinsamer Arbeit mit den Ländern eine durchgreifende Ersparnis- und Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres von der Befreiung freierwerbender Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Außenverwaltung Abstand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen, beschloß das Reichskabinett, auf 20 v. H. der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten.

Diese vorgesehenen umfassenden Reformen können aber ausreichende Ersparnisse nur auf lange Sicht bringen, während die Not der Zeit und die Durchführung des Gesamtprogramms der Reichsregierung entschlossenes sofortiges Handeln erfordert. Deshalb hat die Reichsregierung fest an der Notwendigkeit der sofortigen Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsunterlagen, und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung, der heute vom Reichskabinett verabschiedet wurde. Dieser Entwurf be-

zweckt den Ausgleich der vorübergehenden Belastung, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintreten. Das Reichskabinett ist sich schärflich geworden, dem Reichstag Schritte am Reichstag im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Ersparnisse können nach Lage der Dinge zurzeit nur geringfügig sein, wenn an den großen Ausgabenposten, den Personalstellen, vorbeigegangen wird. Für diese Ersparnisse ist zurzeit kein anderer Weg möglich, als wie die vom Reichskabinett beschlossene

Reichshilfe der Arbeitslosen.

Auch die in geänderter Lebensstellung Befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden. Andere Wege, wie zum Beispiel ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer haben eine neue Belastung der Produktion zur Folge und wirken dem Gedanken des Preisabbaus und der Winderung der Arbeitslosigkeit entgegen.

Die Reichsregierung sieht in dem Ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie der Überzeugung ist, daß nur seine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird.

Die Reichsregierung hat sich also geschlossen hinter den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und dessen Deckungsprogramm gestellt. Man muß schon in Sachsen, wo vor der Wahl keine Partei am Notopfer schand haben will, darauf hinweisen, daß der Entwurf zum Notopfer von dem volksparteilichen Minister Dr. Moldenhauer stammt und nicht — wie selbst ein so ausgezeichnet unterrichteter Mann wie Oberbürgermeister Dr. Wähler in Nr. 105 der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ behauptet — von Steinerwald, Nicht Steinerwald, sondern Moldenhauer hat ja auch wegen der Eingriffe auf den Notopfer-Entwurf den Rückschritt erzwungen. Nur aber haben neben den Ministern der Volkspartei und des Zentrums auch die Minister der Demokraten, Wirtschaftspartei und Volksoffizianten dem Entwurf Moldenhauers ihre Zustimmung gegeben. An dieser Tatsache ändert die Haltung der volksparteilichen und demokratischen Presse in Sachsen nichts.

Das Kabinett wird mit seinen Vorlagen im Reichstag zweifellos einen schweren Stand haben. Ob es gelingen wird, das gesamte Programm der Regierung als eine Einheit durchzusetzen, darf als fraglich erscheinen. Jedenfalls wird man der Regierung zugeben müssen, daß sie die Gesamtheit der finanziellen Probleme mit einer Entschlossenheit anpackt, die bisher unerhört war. Mag man der Meinung sein, daß Einzelheiten des Programms anders gehalten werden müssen — an der Tatsache, daß nur mit solcher Entschlossenheit und nur unter Opfern aller Kreise des Volkes Deutschland aus der Finanzmisere herauskommen wird, wird auch der klügste Kritiker nichts ändern können.

Not der Mittelstädte

Angesichts der unglücklichen finanziellen Lage der kleinen und mittleren Städte trat in diesem Jahre an Stelle der großen Mittelstädteversammlung am 17. Juni in Leipzig nur der Hauptausgleich und der Gesamtzustand des Reichsstadtbundes. Zur Beratung stehen zwei aktuelle Themen: „Der künftige Finanz- und Lastenausgleich“ für den Ministerialdirektor Dr. von Leden vom Preussischen Innenministerium als Redner gewonnen ist und „Die Reform der Selbstverwaltungsgesetze“, über die der geschäftsführende Präsident des Reichsstadtbundes, Dr. Gaebel, sprechen wird. Neben zahlreichen Parlamentariern wird auch der preussische Innenminister Dr. Waentig an den Verhandlungen teilnehmen.

Minister Waentig veröffentlichte anläßlich der Tagung in dem Organ des Reichsstadtbundes ein Geleitwort, das Lebensart und Unentbehrlichkeit der Mittel- und Kleinstädte umreißt. Mittel- und Kleinstädte sind eine notwendige Form der Siedlung. Sie spielen eine bedeutende Rolle bei der kommunalen Schichtung der Bevölkerung, daher sind sie als Teile des Systems der kommunalen Organisation, so führt Minister Dr. Waentig aus, haben sie Anspruch auf Anerkennung ihrer besonderen Eigenart und damit auch Anspruch auf gerechte Berücksichtigung ihrer finanziellen Nöte und Bedürfnisse.

* Der neue amerikanische Vorkämpfer in Tokio. Präsident Hoover hat den ehemaligen Generalgouverneur der Philippinen, Cameron Forbes, als neuen amerikanischen Vorkämpfer in Tokio nominiert. Forbes ist von seiner Mutter her ein Enkel des amerikanischen Dichters Emerson.

Die letzte Runde

Man mag über die Kunst des Boxens denken wie man will, mag sich schauernd abenden von einem Sport, bei dem sorgfältig gedrehte Kämpfer vor einer erregt febernden Menge sich Nasenbeine brechen und Augen ausschlagen — aber wie hochanständig, wie gesteuert und zuchtvoll ist der Boxsport im Vergleich zu dem „Reichskampfe“ in der Politik, besonders der Politik, die wir in diesen Tagen schauernd erleben! Wenn in der Politik jeder disqualifiziert, also aus dem Kampfe ausgeschaltet würde, der Tiefschläge und andere verbotene Kniffe anwendete — wie rasch würde sich der geistige Gehalt der politischen Erörterung, wie herrlich würde sich die Zusammenfassung unserer Parlamente verbessern! Aber wenn es nach den Regeln der Politik ginge, dann wäre in New York nicht Schumaker, sondern Sharkey zum Weltmeister erklärt worden. Denn die Politik ist ein amerikanischer Ringkampf, in dem alle Griffe erlaubt sind. Und in dem nach dem Grundgesetz verfahren wird, daß die unanständigen Mittel sich vor den anständigen vor allem in einem Punkte unterscheiden: daß sie wirksamer sind. Die politischen Tiefschläger werden nicht disqualifiziert, sie werden im allgemeinen ins Parlament gewählt und freuen sich der Diäten und ihres Lebens.

Wie im Kriege aber, gilt auch in der Politik die Regel, daß gerade der, der jedes, auch das verwerflichste Mittel zu gebrauchen entschlossen ist, gleichzeitig am meisten von seiner Ehrlichkeit und seinem sittlichen Recht spricht. Den Dum-Dum-Geschossen und der Hungerblockade entsprach in Kriege die lächerliche Phrase von der Zivilisation, die es gegen Deutschland zu verteidigen gelte. So ist auch selbstverständlich, daß im gegenwärtigen Wahlkampfe die Kommunisten, die überall dort wo sie in der Mehrheit sind, tapfer ihre politischen Grundsätze aufzuspielen, über den Terror der anderen setzen. Doch sie, deren Vertrauensleute in Sachsen jede freie Meinungsäußerung knebeln und aus dem Hause der Verhörerung ein politisches System gemacht haben, von der Unterdrückung der Geistesfreiheit und der Unmöglichkeit der Berliner Regierung abzusehen. Nach der gleichen Methode arbeiten die Nationalsozialisten, die gegen staatlich, schuldenerwirtschaftlich und konjunkturell zu kömpfen vorgehen. Sie erzählen gar viel von der luxuriösen Wohnung des tüchtigen Herrn Tempel, sie verpassen aber zu sagen, woher Herr Hitler die Mittel für seine gleichfalls luxuriöse Wohnung hat. Sie fordern Herabsetzung der Ministergehälter und Pensionen, erdulden aber nicht, daß Herr Reich sich eine höhere Pension ausbedungen hat als andere Minister und daß Herr Herrschich, den man für Sachsen als Arbeitsminister pensionieren wollte, sich ein höheres Gehalt zu sichern gewagt hat als seine Kollegen, die Direktoren der anderen sächsischen Oberverwaltungsämter. Im übrigen greift die Art, wie der Wahlkampf von diesen Parteien geführt wird, hart an Vorpiegelung falscher Tatsachen. Sie sprechen in erster Linie vom Youngplan, vom Notopfer, von der Senkung der Löhne und ähnlichen Dingen, die ausnahmslos ins Gebiet der Reichspolitik gehören. (Wobei alle Parteien in ebenso bequemer wie wahrheitswidriger Weise das Zentrum für das Notopfer verantwortlich zu machen suchen.) Man muß sich immer wieder gemahnt erinnern, daß am 22. Juni der Landtag gewählt wird. Von den Dingen, die der Landtag zu erledigen hat, wird im Wahlkampfe am wenigsten gesprochen.

Die Zentrumspartei kann diese Art politischer Spiegelschere nicht mitmachen. Sie geht bei ihrer Wahlagitiation von der nüchternen Erklärung aus, daß die Fragen der Reichspolitik bei diesem Wahlkampfe nicht zur Entscheidung stehen. Daß es vielmehr für das Zentrum gerade darauf ankommt, Einfluß auf die eigentlichen Fragen der Landespolitik zu gewinnen. Einfluß nicht im Sinne einer Erpresserpolitik, wie sie von manchen Parteien im letzten Landtage geübt worden ist. Das Zentrum wünscht seine Stimmen in die Wagschale zu werfen für die Fortführung

Neu:
 Heimat und Welt (16 Wochenbeilage)
 Katholische Sachsenjugend
 Turnen, Sport und Spiel
 Filmrundschau